

Satzung des Wasser- und Bodenverbandes Boize - Sude – Schaale

Präambel

Auf der Grundlage des § 6 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 12.02.1991 (BGBl. I S. 405), geändert am 15.05.2002 (BGBl. I S.1578), und des § 3 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG), vom 04.08.1992 (GVOBl. M-V S. 458), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 2,3 geändert, §3a neu eingefügt durch Gesetz vom 17.Dezember 2008 (GVOBl. M-V S 499) wird nach Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung des Wasser- und Bodenverbandes Boize-Sude-Schaale am 10.12.2014 folgende Satzung erlassen:

Inhalt

§ 1	Name, Sitz, Verbandsgebiet	2
§ 2	Zweck und Rechtsform	2
§ 3	Aufgabe	2
§ 4	Mitglieder	2
§ 5	Unternehmen, Plan	3
§ 6	Verbandsschau, Schaubeauftragte	3
§ 7	Organe	3
§ 8	Aufgaben der Verbandsversammlung	3
§ 9	Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlussfassung	4
§ 10	Zusammensetzung des Vorstandes	4
§ 11	Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder, des Vorstandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter	5
§ 12	Amtszeit	5
§ 13	Geschäfte des Vorstandes	5
§ 14	Aufgaben des Vorstandes	5
§ 15	Sitzungen des Vorstandes	5
§ 16	Beschließen im Vorstand	5
§ 17	Geschäftsführer, Dienstkräfte	6
§ 18	Gesetzliche Vertretung des Verbandes	6
§ 19	Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld, Reisekosten	6
§ 20	Haushaltsplan	6
§ 21	Außerplanmäßige Ausgaben	6
§ 22	Jahresrechnung	6
§ 23	Prüfung der Jahresrechnung	7
§ 24	Entlastung des Vorstandes	7
§ 25	Beiträge	7
§ 26	Beitragsverhältnisse	7
§ 27	Ermittlung der Beitragsverhältnisse	8
§ 28	Beitragsbuch	11
§ 29	Hebung	11
§ 30	Vorausleistungen auf Verbandsbeiträge	12
§ 31	Rechtsmittel	12
§ 32	Duldungspflichten	12
§ 33	Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen	12
§ 34	Beschränkungen und Pflichten der Grundstücksnutzer	12
§ 35	Aufsicht	13
§ 36	Zustimmung zu Geschäften	13
§ 37	Verschwiegenheitspflicht	13
§ 38	Bekanntmachungen	13
§ 39	Inkrafttreten	13

§ 1 Name, Sitz

Der Verband führt den Namen Wasser- und Bodenverband Boize-Sude-Schaale.
Der Dienstsitz ist in 19230 Toddin, Dorfstraße 26.

§ 2 Verbandsgebiet

- (1) Das Verbandsgebiet umfasst das Niederschlagsgebiet nachstehender Gewässer:
 - Sude ab Autobahn A 24
 - Schwanheider Mühlenbach
 - Boize, Schaale, Schilde
- (2) Das Verbandsgebiet ist in der Anlage 1, welche Bestandteil der Satzung ist, in einer Übersichtskarte dargestellt.
- (3) Das Verbandsgebiet erstreckt sich im Einzelnen auf die Gemeindegebiete oder Gemeindegebietsteile der Mitgliedsgemeinden gemäß Anlage 2, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 3 Aufgabe

- (1) Der Verband hat zur Aufgabe:
 1. Gewässerunterhaltung, dazugehören:
Die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung (§39 (1) 1 WHG), die Erfüllung von Anforderungen und Vornahme von Maßnahmen des Maßnahmenprogramms, die von den Unterhaltungspflichtigen aufgrund einer Rechtsverordnung umzusetzen, sind (§ 130 a (4) LWaG) sowie die Unterhaltung und Betrieb der Anlagen, die der Abführung des Wassers dienen (§ 62 LWaG).
 2. Bau und Unterhaltung von Deichen und anderen Anlagen zur Sicherung des Hochwasserabflusses, soweit dies im Interesse des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist und das Hochwasser von oberirdischen Gewässern ausgeht (§ 73 (1) Nummer 2 LWaG),
 3. Bau, Unterhaltung und Wiederherstellung von Deichen, die ausschließlich dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen gegen von Binnengewässern ausgehendes Hochwasser dienen (§ 83 (3) LWaG).
- (2) Der Verband kann nach Absicherung der Finanzierung folgende Aufgaben übernehmen, wenn dadurch die Erfüllung der Pflichtaufgaben nicht gefährdet wird:
 1. Durchführung des Gewässerausbaus im Auftrag seiner Mitgliedsgemeinden (§ 68 (1) Nummer 2 LWaG) oder anderer Mitglieder.
Der Verband erfüllt diese Aufgabe grundsätzlich nur im Auftrag der jeweils bevorteilten Mitgliedsgemeinden im Verbandsgebiet und nach vollständiger Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel.
Die erforderlichen Mittel umfassen auch alle weiteren Kosten der Maßnahme, wie Folgekosten (z.B. Nachsteuerungskosten, Erfolgskontrolle, Reparaturkosten innerhalb der Zweckbindungsfrist der Fördermittel) und eventuelle Rückforderungskosten.
Die Verbandsversammlung beschließt über die Annahme des Auftrages.
Gleiches gilt für den Ausbau von Anlagen im Gewässer (insbesondere Schöpfwerke).
 2. Bau, Unterhaltung, Kontrolle und Bedienung von wasserbaulichen Anlagen (Stau, Wehre, Siele)
 3. Wirtschaftswegebau und Unterhaltung im wasserverbandsrechtlichen Sinne.

§ 4 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Verbandes sind:

Die Gemeinden im Verbandsgebiet für die der Grundsteuerpflicht unterliegenden Flächen, Eigentümer von Grundstücken im Verbandsgebiet, die der Grundsteuerpflicht nicht unterliegen.

Die Mitgliedschaft ist beim Verband anzumelden. Nach Prüfung der Voraussetzungen der Mitgliedschaft und deren Erfüllung erfolgt die Eintragung ins Mitgliedsverzeichnis.
- (2) Die Mitglieder sind in einem Verzeichnis einzutragen, welches vom Verband auf dem Laufenden zu halten ist.

§ 5 Unternehmen, Plan

- (1) Unternehmen des Verbandes im Sinne des Wasserverbandsgesetzes sind, die der Erfüllung seiner Aufgaben dienenden baulichen und sonstigen Anlagen, Arbeiten an Grundstücken, Ermittlungen und sonstige Maßnahmen.
- (2) Bei den erforderlichen Arbeiten zur Abwehr von Hochwassergefahren und Regulierung des Wasserhaushaltes kann der Verband mitwirken.
- (3) Der Umfang des Unternehmens ergibt sich aus § 3.
Der Verband führt ein Bestandsverzeichnis über die zu unterhaltenden Gewässer und Hochwasserschutzanlagen.

§ 6 Verbandsschau, Schaubeauftragte

- (1) Der Verband führt jährlich eine öffentliche Verbandsschau gemäß § 44 Absatz 1 WVG durch. Die Verbandsschau ist im Schauplan geregelt. Der Schauplan enthält Ort, Zeit und die Schaubezirke im Verbandsgebiet.
- (2) Den Schaubezirken sind die Mitgliedsgemeinden des Verbandsgebietes nach Ämtern und Städten zugeordnet. (s. Anlage 2).
Änderungen der Schaubezirke werden durch die Verbandsversammlung beschlossen.
- (3) Die Schaubeauftragten erhalten bei Wahrnehmung ihres Amtes Schaugeld in Höhe von 30,00 € je Schautag und eine Reisekostenvergütung.
- (4) Die Schaubezirke gliedern sich wie folgt:
 - Schaubezirk 1: Stadt Boizenburg/Elbe
 - Schaubezirk 2: Amt Boizenburg- Land, Stadt Lübtheen, Amt Dömitz-Malliß
 - Schaubezirk 3: Amt Zarrentin
 - Schaubezirk 4: Amt Wittenburg, Amt Stralendorf
 - Schaubezirk 5: Amt Gadebusch, Amt Lützow-Lübstorf, Amt Rehna
 - Schaubezirk 6: Stadt Hagenow
 - Schaubezirk 7: Amt Hagenow-Land, Amt Ludwigslust-Land, Stadt Neustadt-Glewe
- (5) Die Verbandsversammlung wählt die Schaubeauftragten für den Zeitraum von fünf Jahren. Näheres regelt die Wahlordnung für die Wahl der Schaubeauftragten.
- (6) Der Vorstand oder ein von ihm bestimmter Schaubeauftragter leitet die Verbandsschau (§ 44 (2) WVG). Bei Verhinderung leitet der Geschäftsführer (§ 57 WVG) die Verbandsschau.

§ 7 Organe

Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung (Versammlung der Mitglieder) und der Vorstand. In der Verbandsversammlung ist jedes Mitglied mit einer Person, dem gesetzlichen Vertreter, vertreten. Die Vertretungsbefugnis ist nachzuweisen. Sind Mitglieder juristische Personen des öffentlichen Rechts und werden die die Mitgliedschaft begründenden Flächen durch unterschiedliche Ressorts verwaltet, kann die Verbandsversammlung zulassen, dass das Mitglied durch jeweilige Vertreter der Ressorts vertreten wird. Die Stimmenanteile der Ressorts bestimmen sich nach den Anteilen der verwalteten Flächen. Die Stimmenanteile werden so gerundet, dass sich dieselbe Stimmenanzahl ergibt, wie bei diesem Gesamtmitglied.

§ 8 Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat folgende Aufgaben:

- (1) Wahl und Abberufung eines Vorstandsmitgliedes, des Vorstandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter, einschließlich der entsprechenden Wahlordnung,
- (2) Beschlussfassung und Änderungen der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgaben sowie Grundsätze der Geschäftspolitik,
- (3) Beschlussfassung über die Umgestaltung oder die Antragstellung zur Auflösung des Verbandes gegenüber der obersten Aufsichtsbehörde,
- (4) Wahl der Schaubeauftragten,
- (5) Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen,
- (6) Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes,
- (7) Entlastung des Vorstandes,

- (8) Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Angestelltenverhältnisse und die Höhe der Entschädigungen für ehrenamtlich tätige Verbandsvertreter in entsprechender Anwendung der Entschädigungsverordnung des Landes M-V in der jeweils geltenden Fassung,
- (9) Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband,
- (10) Beratungen des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten.

§ 9 Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlussfassung

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Verbandsmitglieder und den Vorstand mit mindestens zweiwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen reicht eine Ladungsfrist von 7 Kalendertagen, in der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (2) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind nicht öffentlich.
- (3) Im Jahr ist mindestens eine Sitzung zu halten.
- (4) Der Vorstandsvorsteher, oder bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter, leitet die Sitzung der Verbandsversammlung.
- (5) Er und die Vorstandsmitglieder haben kein Stimmrecht, es sei denn, sie vertreten ein Verbandsmitglied.
Stimmrecht in der Verbandsversammlung haben nur die Verbandsmitglieder.
Ein Verbandsmitglied kann mehrere Stimmen haben. Die Stimmenzahl entspricht dem Verhältnis, mit dem das Mitglied am Verbandsgebiet beteiligt ist. Jeweils angefangene 500 ha ergeben eine Stimme.
- (6) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ein Zehntel aller Mitglieder vertreten und alle fristgemäß geladen sind. Ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen ist sie beschlussfähig, wenn sie zum zweiten Mal wegen desselben Gegenstandes fristgemäß geladen und hierbei mitgeteilt wurde, dass ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlossen werden wird.
- (7) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Änderungen der Aufgaben des Verbandes in der Satzung und bei Abberufung eines Vorstandsmitgliedes bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen.
- (8) Über die Sitzungen sind Protokolle zu fertigen. Die Beschlüsse sind in das Beschlussbuch einzutragen. Protokolle sind vom Protokollführer und die Beschlüsse sind vom Vorstandsvorsteher zu unterschreiben. Die Protokolle und Beschlüsse werden jedem Verbandsmitglied zugeschickt.
- (9) Über die Teilnahme von geladenen Gästen sowie Dritten entscheidet die Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen.

§ 10 Zusammensetzung des Vorstandes

- (1) Die Vorstandsmitglieder sind Bürgermeister, stellvertretende Bürgermeister oder Gemeindevertreter aus den Mitgliedsgemeinden. (WVG § 52, Abs.2)
- (2) Der Vorstand besteht aus 7 ehrenamtlich tätigen Personen.
- (3) Der Vorstandsvorsitzende ist der Vorstandsvorsteher und hat einen Stellvertreter aus dem Vorstand.

Vorstand WBV Boize-Sude-Schaale

Vorschlagsberechtigt sind Mitgliedsgemeinden folgender Städte und Ämter:

Stadt Boizenburg/Elbe	für	1	Vorstandsmitglied
Amt Boizenburg-Land, Stadt Lübtheen, Amt Dömitz-Malliß	für	1	Vorstandsmitglied
Amt Zarrentin	für	1	Vorstandsmitglied
Amt Wittenburg, Amt Stralendorf	für	1	Vorstandsmitglied
Amt Gadebusch, Amt Lützw-Lübstorf, Amt Rehna	für	1	Vorstandsmitglied
Hagenow Stadt	für	1	Vorstandsmitglied
Amt Hagenow-Land, Amt Ludwigslust-Land, Stadt Neustadt- Glewe	für	1	Vorstandsmitglied

Sollte sich aus den benannten Regionen kein Kandidat finden, werden weitere Vorschläge aus anderen Gebieten berücksichtigt.

§ 11 Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder, des Vorstandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter

- (1) Die Verbandsversammlung wählt die Vorstandsmitglieder, aus dessen Reihen den Vorstandsvorsitzenden sowie dessen Stellvertreter und ein Ersatzmitglied.
- (2) Einzelheiten regelt die Wahlordnung.
- (3) Die Verbandsversammlung kann in begründeten Fällen ein Vorstandsmitglied abberufen.
- (4) Das Ergebnis der Wahl sowie der Abberufung ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

§ 12 Amtszeit

- (1) Der Vorstand wird für 5 Jahre gewählt.
- (2) Wenn ein Vorstandsmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, übernimmt für den Rest der Amtszeit das gewählte Ersatzmitglied die Aufgaben.
- (3) Die Neuwahl des Vorstandes ist spätestens 6 Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Der Vorstand bleibt nach Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl im Amt.

§ 13 Geschäfte des Vorstandes

- (1) Der Vorstand leitet den Verband. Ihm obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung die Verbandsversammlung berufen ist.
- (2) Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes.

§14 Aufgaben des Vorstandes

1. die Aufstellung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen,
2. die Aufnahme von Darlehen und Kassenkrediten,
3. die Aufstellung der Jahresrechnung,
4. die Einstellung und Entlassung von Dienstkräften,
5. die Entscheidung in Rechtsmittelverfahren,
6. Verträge mit einem Wert von mehr als 100.000,- € im Rahmen des Haushaltsplanes,
7. Verträge mit einem Wert von
8. 5.000 -100.000 €, sofern diese Verschiebungen der Haushaltsansätze innerhalb der Einzelpläne bewirken.
9. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes. Er trifft die für die Grundsätze der Organisation, der Zusammenarbeit, des Geschäftsgangs und der einzelnen Befugnisse des Geschäftsführers verbindliche Regelungen.

§ 15 Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorstandsvorsitzende lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es einer Ladungsfrist von 3 Tagen. In der Ladung ist darauf hinzuweisen.
- (2) Über das Ergebnis der Sitzungen und die gefassten Beschlüsse sind Protokolle anzufertigen. Die Protokolle sind vom Protokollführer und die Beschlüsse sind vom Vorstandsvorsitzenden zu unterschreiben.
- (3) Das Protokoll erhält jedes Vorstandsmitglied.
- (4) Im Jahr sind mindestens drei Sitzungen zu halten.

§ 16 Beschließen im Vorstand

- (1) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend und alle fristgemäß geladen sind.
- (2) Ohne Rücksicht auf Anzahl der Erschienenen ist er beschlussfähig, wenn er zum zweiten Mal wegen desselben Gegenstandes fristgemäß geladen und hierbei mitgeteilt wurde, dass ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlossen wird. Die Beschlüsse im Vorstand werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorstandsvorsitzende den Ausschlag, wenn er stimmberechtigt ist, sonst gilt Stimmengleichheit als Ablehnung.

§ 17 Geschäftsführer, Dienstkräfte

- (1) Der Vorstand hat für die ordnungsgemäße Geschäftsführung des Verbandes einen Geschäftsführer zu bestellen.
- (2) Der Geschäftsführer ist zuständig für die laufenden Geschäfte der Verwaltung. Er ist befugt, Verträge bis zu einem Wert von 10.000 € (Brutto) abzuschließen.
- (3) Der Verband beschäftigt im Rahmen des Stellenplanes weitere erforderliche Dienstkräfte. Nach Bedarf werden Beamte und Arbeitnehmer eingestellt. Für Beamte gelten die Bestimmungen des Bundes- bzw. des Landesbeamtenrechts.
- (4) Die Vergütungen richten sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des öffentlichen Dienstes im Land Mecklenburg-Vorpommern (BAT/O, TVöD, TVÖ, Beamte sowie tarifliche Änderungen).

§ 18 Gesetzliche Vertretung des Verbandes

- (1) Der Verbandsvorsteher vertritt gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied den Verband gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Der Geschäftsführer kann mit einem Vorstandsmitglied den Verband bis zu einer Wertgrenze von 100.000,- € gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

§ 19 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld, Reisekosten

- (1) Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld werden in entsprechender Anwendung der Entschädigungsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gezahlt.
- (2) Der Verbandsvorsteher erhält für seine Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 370,00 €/Monat.
- (3) Der Stellvertreter des Verbandsvorstehers erhält für seine besondere Tätigkeit bei Verhinderung des Verbandsvorstehers für die Dauer der Vertretung eine entsprechende Aufwandsentschädigung nach Absatz (2).
- (4) Die Vorstandsmitglieder (außer Verbandsvorsteher) erhalten bei Teilnahme an den Vorstandssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,- €.
- (5) Die Vorstandsmitglieder erhalten Reisekosten nach dem Landesreisekostengesetz – LRKG M-V.

§ 20 Haushaltsplan

- (1) Die Haushaltsführung richtet sich nach den Bestimmungen des WWVRÄndG. Der Vorstand stellt für jedes Haushaltsjahr den Haushaltsplan und bei Erfordernis einen Nachtragshaushaltsplan auf.
- (2) Der Haushaltsplan enthält alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im Haushaltsjahr. Er ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben.
- (3) Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Sämtliche Einnahmen des Verbandes dürfen; soweit sie keine andere Zweckbestimmung haben, nur verwandt werden, um die Ausgaben zu bestreiten und die Verbindlichkeiten abzudecken.
- (5) Der Verband arbeitet nach der Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandshaushaltsverordnung - WHVO M-V) vom 6. Juni 2000 (GVOB1. M-V 5.290 Nr. 10/2000).

§ 21 Außerplanmäßige Ausgaben

- (1) Der Vorstand bewirkt Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, wenn der Verband dazu verpflichtet ist und ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde. Entsprechendes gilt für Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können, ohne dass ausreichende Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind.
- (2) Der Vorstand unternimmt unverzüglich die Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes und dessen Festsetzung durch die Verbandsversammlung.

§ 22 Jahresrechnung

Der Vorstand stellt im ersten Viertel des neuen Haushaltsjahres die Jahresrechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Haushaltsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf.

§ 23 Prüfung der Jahresrechnung

1. Der Vorstand gibt der Prüfstelle den Auftrag zu prüfen, ob der Haushaltsplan eingehalten ist.
2. Die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch, vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind.
3. Bei den Einnahmen und Ausgaben rechtmäßig verfahren worden ist.
4. Die Vermögensrechnung einwandfrei geführt worden ist.
5. Die Vergaben ordnungsgemäß erfolgt sind.
6. Die gemäß § 22 bewirkten außerplanmäßigen Ausgaben rechtmäßig waren.

§ 24 Entlastung des Vorstandes

Der Prüfbericht der Prüfstelle sowie die Stellungnahme des Vorstandes hierzu ist der Verbandsversammlung zur Entscheidung über die Erteilung der Entlastung bekanntzugeben.

§ 25 Beiträge

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu seiner ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen.
- (3) Die Beiträge an den Verband sind öffentliche Abgaben.
- (4) Die Hebung von Mindestbeiträgen ist zulässig. Dieser beträgt eine Beitragseinheit.

§ 26 Beitragsverhältnisse

- (1) Die Beitragspflicht für die Erfüllung der Verbandsaufgaben bestimmt sich durch die Vorteile die Mitglieder von der Verbandstätigkeit haben und der Fläche, mit der sie am Verbandgebiet beteiligt sind.
- (2) Für die Unterhaltung von Deichen und Schöpfwerken, die nur einem Teil der Mitglieder Vorteil gewähren, ist das Beitragsverhältnis nach der durch die jeweilige Anlage bevorteilten Fläche zu ermitteln.
- (3) Für die Erschwerung der Unterhaltung ist der Ersatz von Mehrkosten als besonderer Beitrag auf der Grundlage des LWaG zu erheben. Sofern es keine verwaltungsbehördlichen Entscheidungen gibt, wird auf eine Erhebung des Mehraufwands im Einzelfall verzichtet, wenn der Mindestbetrag je Verursacher inklusive des Verwaltungskostenanteils einen Betrag von 300,00 Euro nicht überschreitet.
Im Übrigen richtet sich die Ermittlung des Beitrages nach § 30 Absatz 1 Satz 2 WVG.

Erschwernistatbestände sind insbesondere:

1. Einleitung von Abwasser
 2. Anlagen in, an, unter, über Gewässern
 3. Gewässerbenutzungen
 4. Handarbeit
 5. Spezialmaschinen
 6. Spezialverfahren
- (4) Für Ausbauvorhaben sind gesonderte Ausbaubeiträge von den bevorteilten Mitgliedern zu heben.
 - (5) Für wasserwirtschaftliche Vorhaben, die öffentlichen Interessen bzw. dem Allgemeinwohl in Verbindung mit ökologischen und landschaftspflegerischen Zielen dienen, können mit Zustimmung der Verbandsversammlung alle Mitglieder herangezogen werden (Komplexmaßnahmen). Vorhaben dieser Art können insbesondere sein:
 - Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung und Gestaltung von Gewässern und deren Randstreifen einschließlich Rückbau und Entrohrung sowie der Rückbau und die Umgestaltung wasserbaulicher Anlagen,
 - naturnaher Gewässerausbau zur Verhütung von Hochwasserschäden,
 - Maßnahmen zur Sicherung des Hochwasserabflusses,
 - Beseitigung von Hochwasserschäden an Gewässern und wasserbaulichen Anlagen.
 Die Beiträge für die Finanzierung vorgenannter Maßnahmen werden auf Grundlage der Veranlagungsregel von allen Mitgliedern gehoben. Diese Beiträge können über die

- Rücklagenbildung und -verwendung verwaltet werden. Sie sind zur Abgrenzung im Vermögenshaushalt zu führen und maßnahmebezogen nachzuweisen.
- (6) Für Leistungen des Verbandes, die in den Absätzen (1) bis (4) nicht aufgeführt sind; werden gesonderte Beiträge in Höhe der Aufwendungen erhoben, soweit sie hinreichend begründet werden können.

§ 27 Ermittlung der Beitragsverhältnisse

- (1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß, vollständig und rechtzeitig zu machen und den Verband bei notwendigen Feststellungen zu unterstützen. Insbesondere Veränderungen in den Veranlagungsgrundlagen sind dem Verband unverzüglich mitzuteilen. Der Verband ist verpflichtet, erst vom Zeitpunkt der Kenntnisnahme an, die entsprechenden Änderungen bei der Beitragsveranlagung vorzunehmen. Veränderungen sind jährlich bis 30.06. des laufenden Geschäftsjahres dem Verband schriftlich mitzuteilen, damit sie im Folgejahr bei der Veranlagung wirksam werden.
- (2) Für die Ermittlung der Beitragsverhältnisse gilt nachfolgende Veranlagungsregel: Die Veranlagungsregel basiert auf der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes, dem Landeswassergesetz, dem Wasserverbandsgesetz und den wasserverbandsrechtlichen Regelungen des Landes

Grundsätze:

Entsprechend § 28 Wasserverbandsgesetz (WVG) Abs. (1) sind dem Verband durch die Verbandsmitglieder die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgabe erforderlich sind. Die Pflichtaufgaben erfolgen nach Maßgabe der §§ 48,61,62 LWaG. (LWaG - Landeswassergesetz). Verbandsmitglieder sind die Gemeinden und Städte für die der Grundsteuerpflicht unterliegenden Flächen und die Eigentümer von Grundstücken, die der Grundsteuer nicht unterliegen (§ 2 GUVG und § 4 der Satzung). Folgende Veranlagungsregel wird für die Finanzierung der Pflichtaufgaben vorgenannter Mitglieder aufgestellt. (sh. § 3 Abs. (1) Pkt. 1-3 der Satzung). Mitglieder nach § 4 (1) 2. werden für die Flächen, mit denen sie am Stadt- und Gemeindeterritorium beteiligt sind, genauso so eingestuft wie die betreffende Gemeinde/Stadt mit ihren Flächen. Dieses gilt für die Gewässerdichte, Beitragsklasse, zugeordnete Beitragseinheit je ha in der Beitragsklasse. Zuschläge erhalten auch Mitglieder entsprechend § 4, (1), 2.

Abkürzungen: BE = Beitragseinheit
ha = Hektar

I. Ermittlung der Gewässerdichte

1. Feststellung der Gesamtfläche des Gemeinde- bzw. Stadtterritoriums in ha
2. Feststellung des Gewässerbestandes 2. Ordnung, der sich im Gemeinde bzw. Stadtterritorium befindet (Anlagenverzeichnis des Verbandes).
3. Ermittlung der Gewässerdichte Formel: Gewässerbestand 2. Ordnung des Gemeinde- bzw. Stadtterritoriums (m):Gesamtflächenbestand des Gemeinde- bzw. Stadtterritoriums (ha) =Gewässerdichte m/ha. Die ermittelte Gewässerdichte gilt für alle Mitglieder entsprechend ihrem Flächenanteil im jeweiligen Gemeinde- bzw. Stadtterritorium, somit auch für dingliche Mitglieder und bildet die Grundlage für die Einstufung in die Beitragsklasse.

II. Einteilung in die Beitragsklassen

Beitragsklasse	Gewässerdichte	
		in m/ha
I	bis	10
II	bis	15
III	bis	20
IV	über	20

Nach der Ermittlung der Gewässerdichte erfolgt die Zuordnung in die entsprechende Beitragsklasse. Einstufung nach vorgenannter Tabelle. Die Einstufung gilt ebenfalls für alle Mitglieder, somit auch für dingliche Mitglieder.

III. Festsetzung der Beitragseinheit/ha in der Beitragsklasse

Beitragsklasse	Beitragseinheit	
		je ha
I	bis	1,00
II	bis	1,25
III	bis	1,50
IV	über	1,75

Ist die Beitragsklasse entsprechend Punkt II ermittelt, wird in vorgenannter Tabelle die Beitragseinheit für 1 ha ermittelt.

IV. Ermittlung der Grundbeitragseinheit je Mitglied

Entsprechend der Fläche mit dem das Mitglied am Verbandgebiet beteiligt ist multipliziert mit der ermittelten Beitragseinheit je ha (gem. Pkt. III. Veranlagungsregel) ergeben sich die Grundbeitragseinheiten je Mitglied.

**Formel: Fläche des Mitglieders (ha) * Beitragseinheit je ha (BE/ha)
= Grundbeitragseinheit (BE)**

V. Ermittlung der Zuschläge und deren Verrechnung

Für folgende Nutzungsarten werden entsprechend der amtlichen Ausweisung der Katasterbehörden im Liegenschaftsbuch der ALB / ALKIS gemäß Nutzungsartenerlass MV vom 31.03.2009 Zuschläge in nachfolgender Höhe berechnet.

Nutzungsart	% Zu- / Abschlag auf die ermittelte Fläche der jeweiligen Nutzungsart in ha
1. Zuschlag 1 Nutzungsarten Gebäude- und Freiflächen NAERL 21.100 - 21.299	+300
2. Zuschlag 2 Nutzungsarten Betriebsfläche NAERL 21.320 - 21.361	+300
3. Zuschlag 3 Nutzungsarten Verkehrsflächen NAERL 21.500 - 21.593	+300
4. Abschlag 4 Nutzungsarten Moor Heide NAERL 21.650 - 21.660	-10
5. Abschlag 5 Nutzungsarten Wasserflächen NAERL 21.800 - 21.890	-90
6. Abschlag 6 Nutzungsarten Rückhaltebecken Deiche NAERL 21.923 - 21.926	-70
7. Abschlag 7 Nutzungsarten Brachland NAERL 21.690 - 21.690	-10
8. Abschlag 8 Nutzungsarten Unland NAERL 21.950 - 21.959	-10
9. Abschlag 9 Nutzungsarten Wald NAERL 21.700 - 21.760	-10

Die Ermittlung der Zuschläge erfolgt nach folgender Berechnung: Hektar der vorgenannten jeweiligen Nutzungsart jedes Mitglieders im Stadt- bzw. Gemeindeterritorium multipliziert mit der unter Pkt. III ermittelten Beitragseinheit je ha multipliziert mit dem jeweiligem %-Satz des Zuschlages der entsprechenden Nutzungsart, ergibt den Zuschlag in BE für die jeweilige

Nutzungsart des betreffenden Mitgliedes. Alle so ermittelten vorgenannten Zuschläge je Nutzungsart in BE ergeben die Summe der Zuschläge für das betreffende Mitglied. Grundlage für jegliche auf Nutzungsarten basierende Berechnungen ist im Zweifelsfall der Stand am Stichtag 1.1. des Beitragsjahres.

VI. Berechnung der Beitragseinheiten nach Berücksichtigung der Zuschläge

Schema der Berechnung: Summe der ermittelten Grundbeitragseinheiten und Punkt IV + zuzüglich Summe aller ermittelten Zuschläge Punkt V: zu hebende Beitragseinheiten.

Der Beitrag ergibt sich dann aus den ermittelten Beitragseinheiten unter Punkt VI multipliziert mit dem Beitragssatz €/BE. Der Beitragssatz wird mit dem Haushalt jedes Jahr durch die Verbandsversammlung beschlossen.

Formel: Summe Beitragseinheiten (BE) * Beitragssatz (€/BE) = Beitrag (€)

Die Hektar werden immer mit 4 Kommastellen geführt, ebenso die sich ergebenden Beitragseinheiten. Nach der Ermittlung der Beitragseinheiten unter Punkt VI werden die Beitragseinheiten auf 2 Stellen hinter dem Komma gerundet.

VII. Unterhaltung, Bau von Deichen und Hochwasserschutzanlagen im Sinne des § 73 / 83 LWaG

- (1) Grundstücke, die von Deichen geschützt werden, werden mit den Kosten der Unterhaltung und am Bau dieser Deiche belastet. Gleiches gilt für die Bauwerke, die sich im Deich befinden.
Die Verteilung des Beitrages erfolgt hektargleich nach dem Flächenmaßstab. Das Mitglied erhält den betreffenden Beitragsbescheid und legt dann entsprechend der vorteilshabenden Grundstücke die Kosten um.
- (2) Hochwasserschutzanlagen
Hochwasserschutzanlagen sind insbesondere Wehre, Siele, Rückschlagklappen, Becken, Umfluter oder Bypässe.
Flächen, die von einer Hochwasserschutzanlage geschützt werden, werden mit den anfallenden Kosten für Bau und Unterhaltung dieser Anlage belastet. Die Verteilung des Beitrages erfolgt hektargleich nach dem Flächenmaßstab.

VIII. Betrieb und Unterhaltung von Schöpfwerken

Schöpfwerke sind Wasserförderanlagen für Entwässerungszwecke. Die Schöpfwerksanlagen und die jeweiligen Einzugsgebiete werden durch den Verband in einem Anlagenkataster geführt. An den Kosten für Betrieb und Unterhaltung eines SW haben sich die Mitglieder zu beteiligen, die einen Vorteil vom Schöpfwerksbetrieb haben (Poldergebiet) oder die durch Einleiten in das Vorteilsgebiet des Schöpfwerkes den Betrieb des Schöpfwerkes erschweren (Fremdgebiet). Grundstücke, die sich im Vorteilsgebiet/Poldergebiet eines Schöpfwerkes befinden, werden mit den Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Schöpfwerkes nach dem Flächenmaßstab hektargleich belastet. Das Mitglied erhält den Beitragsbescheid und legt die Kosten nach bevorteilten Flächen um.

IX. Beitragsermittlung entsprechend § 26 Abs. 5 der Satzung

Der Beitrag pro Mitglied wird entsprechend der Hektargröße ermittelt. Die Hektarangaben des Katasteramtes, mit 4 Kommastellen angegeben, werden auf volle Hektar aufgerundet. 5-10 % des Beitragssatzes für die allgemeinen Beitragseinheiten sind als Beitragssatz pro ha für die Beiträge entsprechend § 26 Abs. 5 der Satzung anzusetzen. Der genaue Beitragssatz wird ebenfalls durch die Verbandsversammlung mit dem Haushaltsplan festgelegt und beschlossen. Ein jährlicher Beitrag ist zu leisten. Dieser wird über die Rücklage verwaltet und sichert somit die Mittelbereitstellung für Maßnahmen in § 26 Abs. 5 der Satzung. Sollte eine ausreichende Rücklage gegeben sein, kann auch die Hebung ausgesetzt werden. Darüber entscheidet der Vorstand eigenverantwortlich.

Berechnungsdarstellung am Schema

Xxxx ha	Zuschlag 1 Nutzungsarten Gebäude- und Freiflächen NAERL 21.100 - 21.299	* xxxx BE/ha	* 300% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Zuschlag 2 Nutzungsarten Betriebsfläche NAERL 21.320 - 21.361	* xxxx BE/ha	* 300% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Zuschlag 3 Nutzungsarten Verkehrsflächen NAERL 21.500 - 21.593	* xxxx BE/ha	* 300% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 4 Nutzungsarten Moor Heide NAERL 21.650 - 21.660	* xxxx BE/ha	* -10% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 5 Nutzungsarten Wasserflächen NAERL 21.800 - 21.890	* xxxx BE/ha	* -90% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 6 Nutzungsarten Rückhaltebecken Deiche NAERL 21.923 - 21.926	* xxxx BE/ha	* -70% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 7 Nutzungsarten Brachland NAERL 21.690 - 21.690	* xxxx BE/ha	* -10% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 8 Nutzungsarten Unland NAERL 21.950 - 21.959	* xxxx BE/ha	* -10% =	xxxxxxxx BE
Xxxx ha	Abschlag 9 Nutzungsarten Wald NAERL 21.700 - 21.760	* xxxx BE/ha	* -10% =	xxxxxxxx BE
Entsprechend Angaben des Mitgliedes auf Grundlage des Katasters zum Stichtag		Ermittl. Veranl. regel Pkt. III	Veranlagungsregel Pkt. V	Summe d. Zuschläge je Mitglied

§ 28 Beitragsbuch

- (1) Grundlage für die Hebung der Beiträge ist das Beitragsbuch. Es enthält die Berechnung der Beitragseinheiten für jedes Mitglied auf der Grundlage der Veranlagungsregel.
- (2) Der jeweilige Auszug des Beitragsbuches wird dem Mitglied mit dem Beitragsbescheid zur Kenntnisnahme übergeben.
- (3) Das Beitragsbuch wird geändert, wenn sich die ihm zugrunde liegenden tatsächlichen oder rechtlichen Umstände ändern.

§ 29 Hebung

- (1) Der Verband setzt die Beiträge der einzelnen Mitglieder anhand des Beitragsbuches und den von der Verbandsversammlung beschlossenen Beitragssätzen fest, teilt jedem Verbandsmitglied durch einen Beitragsbescheid den zu zahlenden Beitrag, die Zahlstelle und Zahlungsfrist mit und zieht die Beiträge ein. Der Beitragssatz für den WBV beträgt 7,75 €/BE. Der Sonderbeitragssatz für § 26 Absatz (5) beträgt 0,51 €/ha.
- (2) Zur Rücklagenbildung für die Grundinstandsetzung von Rohrleitungen wird jährlich ein Sonderbeitrag von 1,00 €/ha Mitgliedsfläche erhoben.
- (3) Zur Rücklagenbildung für die Instandhaltung und den Abriss von Stauen und Wehren wird jährlich ein Sonderbeitrag von 0,25 €/ha Mitgliedsfläche erhoben.
- (4) Über die Ansammlung, Verwendung und Vorschau der weiteren Notwendigkeit der Sonderbeiträge nach Abs. (2) und (3) ist jährlich Rechenschaft abzulegen.
- (5) Der Beitrag entsteht am 01.01. jeden Jahres in voller Höhe. Der Beitrag ist 4 Wochen nach Bekanntgabe fällig.
- (6) Wer seinen Beitrag unbegründet nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag zu zahlen, dessen Berechnung sich nach dem Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit der Abgabenordnung richtet. Anfallende Mahngebühren werden auf der Grundlage des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ermittelt.
- (7) Jedem Verbandsmitglied ist auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Unterlagen zu gewährleisten.

§ 30 Vorausleistungen auf Verbandsbeiträge

Soweit es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes notwendig ist, hebt der Verband von den Verbandsmitgliedern Vorausleistungen auf die Verbandsbeiträge. Die Vorausleistungen entsprechen maximal der halben Beitragshöhe des Vorjahres.

§ 31 Rechtsmittel

- (1) Gegen den Beitragsbescheid kann jeweils innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe der Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift in der Geschäftsstelle des Verbandes eingelegt werden. Über ihn entscheidet der Vorstand.
- (2) Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, kann gegen die Entscheidung des Vorstandes (Widerspruchbescheid) innerhalb eines Monats nach Zustellung beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage erhoben werden.
- (3) Der Widerspruch gegen den Beitragsbescheid hält die Zahlungsverpflichtung nicht auf.

§ 32 Duldungspflichten

Gemäß § 41 WHG in Verbindung § 66 LWaG haben die Eigentümer des Gewässerbettes, die Anlieger und die Hinterlieger, die zur Unterhaltung des Gewässers erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen am Gewässer und auf den Ufergrundstücken zu dulden. Sie haben alles zu unterlassen, was die Unterhaltung des Gewässers unmöglich machen oder wesentlich erschweren würde. Die Anlieger und die Hinterlieger haben das Aufbringen und das Einebnen des Aushubs gemäß jeweiliger Leistungsbeschreibung auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nicht dauernd beeinträchtigt wird. Zum Aushub zählen insbesondere das bei der Räumung anfallende Räumgut sowie das bei der Krautung und Mahd anfallende Schnittgut.

§ 33 Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

- (1) Die Mitglieder stellen ihre Grundstücke und Anlagen für das Unternehmen des Verbandes kostenlos zur Verfügung. Zur Durchführung seines Unternehmens kann der Verband zweckentsprechende Maschinen einsetzen.
- (2) Die Mitglieder sichern im Rahmen ihrer Planungshoheit ab, dass die Zugänglichkeit der zu unterhaltenden Gewässer nicht beeinträchtigt wird. Dieses umfasst insbesondere die Freihaltung eines jeweils notwendigen und erforderlichen Unterhaltungskorridors und Sicherheitsabstandes. Bei Rohrleitungen hängt dieses von der Verlegetiefe und Dimensionierung ab und berechnen sich in Anlehnung an die DIN.

§ 34 Beschränkungen und Pflichten der Grundstücksnutzer

- (1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet werden, dass die Erhaltung der Gewässer in einem ordnungsgemäßen Zustand nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere muss bei Nutzung und Bebauung von Ufergrundstücken die Möglichkeit der maschinellen Gewässerunterhaltung gewährleistet bleiben. Dies gilt auch für Grundstücke an verrohrten Gewässern, die der Verband zu unterhalten hat.
- (2) Das an Gewässer grenzende Land darf nur so bewirtschaftet werden, dass die Ufer nicht beschädigt werden.
- (3) Gewässerbetten und ihre Uferbereiche sowie die Deiche und ihre Schutzstreifen unterliegen einem besonderen Schutz (§ 74 LWaG).
- (4) Die Errichtung, wesentliche Veränderungen oder Beseitigung von baulichen Anlagen an, in, unter- und über Gewässern und im Uferbereich sowie, an Deichen und ihren Schutzstreifen bedürfen der Genehmigung durch die Wasserbehörden. Zu den baulichen Anlagen gehören auch feste Einfriedungen. Des Weiteren bedarf auch die Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und Hecken im Uferbereich der Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde.
- (5) Weidegrundstücke sind unter Beachtung Abs. (3) so einzufrieden, dass eine Uferbeschädigung durch Vieh ausgeschlossen wird.
- (6) Einfriedungen an Gewässern und Deichen sind so zu errichten, dass eine durchgehende Unterhaltung möglich ist. Mobilzäune sind zu bevorzugen.
- (7) Die Anlage von Viehtränken, Übergängen, Wasserentnahmestellen, Dränanschlüssen und sonstige Anlagen, bedürfen der wasserbehördlichen Genehmigung. Die Anlagen sind entsprechend den Auflagen zu erstellen und zu unterhalten.

- (8) Dränausläufe, die in Gewässer einmünden, sind vom Eigentümer bzw. Nutzer so anzulegen und zu unterhalten, dass sie die Unterhaltungsarbeiten nicht beeinträchtigen.
- (9) Ergeben sich durch bauliche Anlagen oder Anpflanzungen Mehraufwendungen für den Verband - im Vergleich zu einem Gewässer, dessen Unterhaltung unbeschwert möglich ist, fallen diese Mehraufwendungen dem Eigentümer oder Nutzer zur Last, auf dessen Grundstück sich die Anlagen oder Anpflanzungen befinden.

§ 35 Aufsicht

Der Verband unterliegt der Rechtsaufsicht durch den Landrat des Landkreises Ludwigslust – Parchim als untere Aufsichtsbehörde.

§ 36 Zustimmung zu Geschäften

- (1) Der Verband bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde:
 - 1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 - 2. zur Aufnahme von Darlehen über 100.000 €,
 - 3. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
 - 4. zu Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied, einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen.
- (2) Die Genehmigung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem der in Absatz 1 angegebenen Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Die Aufsichtsbehörde kann für bestimmte Geschäfte Ausnahmen von den Absätzen 1 und 2 allgemein zulassen.
- (4) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde versagt wird. In begründeten Einzelfällen kann die Aufsichtsbehörde die Frist durch Zwischenbescheid um einen Monat verlängern.

§ 37 Verschwiegenheitspflicht

Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer sowie Personen im Sinne des § 18 Abs. 1 und 2 sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekannt werdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Im Übrigen bleiben die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes M-V über die Verschwiegenheit unberührt.

§ 38 Bekanntmachungen

Die öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen nach § 67 WVG in Verbindung mit Artikel II, § 3 des WWVRG und § 63 des VwVfG M-V durch die Aufsichtsbehörde.

§ 39 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum 01.01.2015 in Kraft.

Toddin, den 20.12.2014

gez. Otto,
Verbandsvorsteher

Genehmigung durch den Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim vom 18.12.2014

Die am 10.12.2014 beschlossene Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Boize-Sude-Schaale“ wird gemäß § 58 Absatz 2 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 17. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), geändert am 15.05.2002 (BGBl. I S. 1578), genehmigt.

i.A, Pöschke
FDL Recht, Kommunalaufsicht
Und Ordnung

-Siegel-